

Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates Lyss

Tag, Datum Montag, 28. Juni 2010
Beginn 19.30 Uhr
Sitzungsort im Grossen Saal des Hotel Weisses Kreuz, Lyss

Protokoll der Sitzung vom Montag, 31. Mai 2010

- 57 1101.0331 Verwaltungsberichte
Verwaltungsbericht 2009; Abschreibung von parlamentarischen Vorstössen
- 58 1101.0092 WoV
Budgetierung 2011; Leistungsvorgaben
- 59 6103.0700 Jugend
Postulat EVP Wochenplatzbörse + Postulat SVP/BDP Angebot einer Wochenplatzbörse auf www.lyss.ch
- 60 6103.0740 Kulturfabrik (KuFa)
Postulat EVP; Neue KUFA von Anfang an rauchfrei
- Parlamentarische Vorstösse; Neueingänge**
- 61 1101.0314 Parlamentarische Vorstösse
Parlamentarische Vorstösse; Neueingänge
- Orientierungen; Gemeinderat**
- 62 3101.0720 Buskonzept
Ortsbus Lyss; Entscheid betreffend Wahl des Treibstoffs
- Einfache Anfragen**
- 63 1101.0210 Sitzungstermine (Kommissionen)
Fachkommission Integration + Gesellschaft; Durchführung Startsitzung
- 64 3102.0311 Projekte Siedlung / Verkehr
Knechtpark; Finanzierung mit Sponsorengelder
- 65 3105.0614 Hundetoiletten
Robidog-Säcke; Farbe
- 66 1101.0501 Räumlichkeiten (Verwaltung)
Einfache Anfrage Ammeter Martin; Gebäude an der Bürenstrasse; Minergie-Standard



Gemeinde Lyss

Grosser Gemeinderat
Marktplatz 6
Postfach 368
3250 Lyss
T 032 387 01 11
F 032 387 03 81
E gemeinde@lyss.ch
I www.lyss.ch

Mitteilungen; Ratspräsidentin

67 1101.0300 Allgemeines GGR

Informationen Ratspräsidentin

Namens des Grossen Gemeinderates

Sandra Brauen
Präsidentin

Bruno Bandi
Sekretär



Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates Lyss

Tag, Datum Montag, 28. Juni 2010
Beginn 19.30 Uhr
Schluss 22.05 Uhr
Sitzungsort im Grossen Saal des Hotel Weisses Kreuz, Lyss

Anwesend	Vorsitz	Brauen Sandra	
	Mitglieder GGR	36 Bürgi Martin, FDP	ab 19.40 – 57
	Mitglieder GR	5	
	Jugendrat	-	
	Abteilungsleitende	4	
	Bereichsleitende	1	
	Protokoll	Bandi Bruno Strub Daniel Weyermann Sibylle	
	Presse	2	
	ZuhörerInnen	2	
Abwesend	Entschuldigt	Clerc Anton, FDP, GGR-Mitglied Hofer Andreas, FDP, GGR-Mitglied Marty Nicolas, SP, GGR-Mitglied Peter Thomas, Abteilungsleiter Sicherheit + Liegenschaften Jugendrat	



Die Ratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des GGR und des GR, die AbteilungsleiterIn, die ZuhörerInnen und die VertreterInnen der Medien und des Ratsbüros. Entschuldigt ist Thomas Peter, Abteilungsleiter Sicherheit + Liegenschaften. Stellvertretend ist Christian Gautschi anwesend.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Akten in Anwendung von Art. 2 der GO GGR rechtzeitig zugestellt wurden und die Publikation erfolgt ist.
Der Rat ist beschlussfähig.

Die vorliegende Traktandenliste wird auf Antrag des LA einstimmig genehmigt.

Gemeinde Lyss

Grosser Gemeinderat
Marktplatz 6
Postfach 368
3250 Lyss
T 032 387 01 11
F 032 387 03 81
E gemeinde@lyss.ch
I www.lyss.ch

Protokoll der letzten Sitzung

Änderungsantrag von Gérald Koehn: Seite 67 ist im Geschäft 53 und 54 vermerkt: Koehn Gérald, Grüne. Dies wurde geändert in Koehn Gérald, glp.

Das Protokoll der Sitzung vom Montag, 31. Mai 2010 wird mit oben erwähnter Änderung genehmigt.

57 1101.0331 Verwaltungsberichte

Präsidiales – Hegg

Verwaltungsbericht 2009; Abschreibung von parlamentarischen Vorstössen

Dem GGR werden die Genehmigung des Verwaltungsberichtes 2009 und die Abschreibung des nachfolgend aufgeführten parlamentarischen Vorstosses beantragt:

Vorstoss

- 2000/12a: Postulat SP / Förderung von Holzenergie in öffentlichen und privaten Gebäuden/Wärmeerzeugung Kirchenfeld
- 2006/3: Postulat EVP / Prävention sexueller Ausbeutung
- 2008/14: Motion SP / Einführung Gebäudestandard 2008

Begründung

Kann infolge ausgeführter Heizungssanierung Schulanlage Kirchenfeld mit neuer Pellet-Heizung als erfüllt abgeschrieben werden.

Die Spurguppe „Lyss gegen Gewalt“ organisiert alljährlich ein Vereinstreffen mit dem Schwerpunkt Gewaltprävention in den Vereinen. Zudem bietet die Jugendfachstelle ein breites Präventions- und Interventionsangebot an. Das Postulat kann als erfüllt abgeschrieben werden.

Gebäudestandard 2008 wird gemäss GGR-Beschluss vom 18.05.2009 angewendet und ist in den Leistungsauftrag eingeflossen.



Eintreten

Keine Eintretensdebatte.

Erwägungen

Die **Parlamentskommission Präsidiales + Finanzen** stimmt dem Geschäft zu.

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Der Verwaltungsbericht liegt in gewohnter Form vor. Es ist ein praktisches, handliches Buch und eine gute Lektüre, um gelegentlich darin zu blättern. Es dient ebenfalls als Lektüre, um etwas nachzuschlagen oder nachzuforschen. Dank an alle Personen, welche an diesem Bericht gearbeitet haben. Es ist eine grosse Arbeit und ein gelungenes Werk.

Minder Markus, EVP: Die Fraktionen EVP und glp danken den Angestellten von Lyss dafür, was sie täglich leisten. Dies ist viel mehr, als dieser Bericht wiedergeben kann. Herzlichen Dank! Der Verwaltungsbericht wird wie vorgeschlagen angenommen. Auch die Abschreibung des Postulats „Prävention von sexueller Ausbeutung“ wird angenommen. Die vorgeschlagene Lösung ist gut. Es ist sinnvoll, die Aufgabe von Präventions- und Interventionsarbeit der Jugendfachstelle zu übergeben.

Bütikofer Stefan, SP: Die Fraktionen SP und Grüne lasen den vorliegenden Verwaltungsbericht mit Interesse. Dank allen beteiligten Personen für dessen Erstellung. Es ist immer wieder spannend zu sehen was alles nötig ist, damit eine Gemeinde wie Lyss so gut funktioniert. Mit der Abschreibung der Vorstösse sind die Fraktionen SP und Grüne ebenfalls einverstanden. Der Verwaltungsbericht und der Controllingbericht beinhalten z. T. Überschneidungen. Bereits im letzten Jahr wurde vorgeschlagen, die Dokumente zu vereinen, damit nur noch ein Bericht vorgelegt wird. So können Papier und Ressourcen gespart werden. Es wird kein entsprechender Antrag gestellt. Es bleibt zu hoffen, dass diese Änderung irgendwann vollzogen wird.

Hautle-Friederich Agnes, BDP: Die Fraktion BDP bedankt sich für die geleistete Arbeit im ausführlichen und innovativen Verwaltungsbericht 2009. Zum ersten Mal las die Rednerin einen Verwaltungsbericht. Es ist aufgefallen, wie enorm viel Planung, Einsätze und Arbeitsleistung benötigt werden, damit eine Gemeinde so funktioniert, wie man es sich gewohnt ist. Viele

Selbstverständlichkeiten sind eigentlich gar nicht selbstverständlich. Aus diesem Grund Dank an alle Personen, welche sich dafür einsetzen, dass in Lyss vieles funktioniert oder einfach zur Verfügung steht. Dank an die Personen, welche den Kehricht wegräumen, die Strassen und Anlagen in Stand stellen. Auch Dank an die Personen, welche unsere Kinder beaufsichtigen und die Betagten betreuen. Dank an die Personen, welche für alle und alles immer wieder ein offenes Ohr haben und für die Sicherheit und Grundversorgung verantwortlich sind. Dank an die Verantwortlichen von Sport und Kultur. Besonderer Dank an alle Personen, welche immer wieder bereit sind viel mehr zu tun, als sie eigentlich müssten. Der Verwaltungsbericht 2009 zeigt, dass viele Aufgaben erfüllt wurden, und dass im nächsten Jahr noch viel auf uns wartet. Die Fraktion BDP wird den vorliegenden Antrag annehmen.

Eggimann Roman, FDP: Die Fraktion FDP bedankt sich bei der Verwaltung für den wunderbaren Bericht und die gute geleistete Arbeit. Die VorrednerInnen haben das Wichtigste bereits erwähnt. Der Verwaltungsbericht beinhaltet viele interessante Details und ist als Lektüre empfehlenswert.

Beschluss einstimmig

Der GGR

- **genehmigt den Verwaltungsbericht 2009**
- **heisst die Abschreibung folgender parlamentarischer Vorstösse gut:**
 - **Postulat SP; Förderung von Holzenergie in öffentlichen und privaten Gebäuden/Wärmeezeugung Kirchenfeld**
 - **Postulat EVP; Prävention sexueller Ausbeutung**
 - **Motion SP; Einführung Gebäudestandard 2008**

Beilagen Verwaltungsbericht 2009



58 1101.0092 WoV

Präsidiales – Hegg

Budgetierung 2011; Leistungsvorgaben

Es wird auf das beiliegende Dokument Leistungsvorgaben 2011 verwiesen.

Die Leistungsvorgaben werden inklusive der Gemeinde Busswil erstellt. Bei denjenigen Indikatoren und Standards, welche ohne weiteres auch für Busswil übernommen werden können, wird wie bisher die Vorgabe ohne weitere Kommentare aufgeführt. Sind Grundlagen aus Busswil noch nicht vorhanden, wird der Indikator nur für Lyss beschrieben und entsprechend gekennzeichnet. Zusätzlich wird ein weiterer Indikator für Busswil aufgenommen, welcher aussagt, dass in Busswil die bisherige Leistungsqualität weitergeführt wird. Gleichzeitig ist für anfangs 2011 ein Leistungsziel aufzunehmen, wonach die notwendigen Grundlagen erarbeitet werden können, um ab den Leistungsvorgaben 2012 den Indikator für die Gesamtgemeinde ausweisen zu können.

Bei den Projektzielen werden nur die bisher bekannten und für das nächste Jahr vorgesehenen Ziele aufgeführt. Weitergehende Ziele können erst bei der effektiven Budgetierung aufgeführt werden, da erst in diesem Zeitpunkt die Massnahmenvorschläge zu den Richtlinien + Zielsetzungen bekannt sein werden.

Die Leistungsvorgaben 2011 wurden im Hinblick auf die seit 01.01.2010 gültige Verwaltungsorganisation vorgenommen. Dadurch haben sich Änderungen gegenüber den WoV-Unterlagen 2009 und früher ergeben (verschiedene Produktgruppen wurden neu aufgeteilt; Details siehe Seite 2 zu den Leistungsvorgaben 2010).

Die Änderungen gegenüber den Budgetunterlagen 2010 sind in den Leistungsvorgaben 2011 grau hinterlegt.

Eintreten

Keine Eintretensdebatte.

Erwägungen

Bütikofer Stefan, Präsident Parlamentskommission Präsidiales + Finanzen, SP: Es wird ein Antrag von der Parlamentskommission Präsidiales + Finanzen gestellt. Es ist unklar, aus

welchem Grund bei der Produktegruppe 111, Seite 1 der Indikator „Erreichbarkeit der Verwaltung“ gestrichen wurde. Die Streichung wurde damit begründet, dass dieser Punkt nicht alleine dem Ressort Präsidiales + Finanzen unterliegt. Dieser Punkt ist jedoch wichtig und sollte als Indikator unbedingt erscheinen. Aus diesem Grund wird der Antrag gestellt, diesen Indikator nicht zu streichen. Die Parlamentskommission Präsidiales + Finanzen ist sich in diesem Punkt einig und beschloss aus diesem Grund, die Änderung so zu beantragen:
Produktegruppe 111, Seite 1: Der Indikator „Erreichbarkeit der Verwaltung“ und der dazugehörige Standard sollen nicht gestrichen werden.

Marti Markus, Präsident Parlamentskommission Sicherheit + Liegenschaften, BDP: Das Geschäft wird zur Annahme empfohlen. Es wird ein Antrag in der Produktegruppe 411 „Sicherheit“ gestellt werden.

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Es ist bereits ein halbes Jahr um und man befasst sich mit der Budgetierung für das nächste Jahr. Die Dokumente für die Leistungsvorgaben 2011 wurden zugestellt.

Die Leistungsvorgaben werden inklusive der Gemeinde Buswil gemacht. Die Beschwerden wurden vom Regierungsrat abgewiesen und die aufschiebende Wirkung wurde entzogen. Somit wird geplant, dass die Fusion per 01.01.2011 vollzogen wird. Aus diesem Grund auch die Leistungsvorgaben inklusive Gemeinde Buswil. Details werden im Geschäft aufgeführt.

Die Formulierungen der Aufgabenbeschreibungen bei den Indikatoren wurden grundsätzlich nicht geändert. Diese müssen in Zusammenarbeit mit den Parlamentskommissionen, der Verwaltung und des GR überarbeitet werden. Die Überarbeitung wird ca. ab Juli 2010 bis Ende Jahr stattfinden.



Heute Abend sollte der GGR das Schwergewicht auf die Steuerung (Standards) legen. Es soll festgelegt werden, welcher Leistungsumfang für 2011 bestellt wird. Es wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Zahlen mit den aktuellen Indikatoren und Standards ungefähr so bleiben sollten, wie sie für dieses Jahr ebenfalls budgetiert wurden.

Der GR beschloss, dass er das LVB (Leistungs- und Verhaltensbeurteilung) für das nächste Jahr lohnwirksam durchführen will. Nach einer Sparrunde wurde das LVB nur noch im 2-Jahresrhythmus durchgeführt. In diesem Jahr war das LVB nicht lohnwirksam. Aufgrund des guten Abschlusses im letzten Jahr sollte das LVB nun wieder lohnwirksam gemacht werden. Es soll im nächsten Jahr eine Realloohnerhöhung von 2.5% ausbezahlt werden. Dies wird natürlich nur mit einer guten LVB der Fall sein. Die Teuerung liegt praktisch bei 0 und wird nicht ausbezahlt.

Es ist immer noch ein Ziel die Steuern auf 1.65 Steuerzehntel zu senken. Die Steuergesetzrevision des Kantons hat gewisse Auswirkungen. Faktisch hat der Kanton bereits eine Steuersenkung vollzogen. Der Redner zeigt Folien auf dem Hellraumprojektor: „Der Steuerzahler der Gemeinde Lyss wird dadurch um rund ½ Steuerzehntel entlastet.“ Ein Steuerzehntel beträgt momentan ca. 1.7 Mio. Aufgrund der Steuergesetzrevision wird die Gemeinde Lyss ½ Steuerzehntel weniger Steuereinnahmen haben. Der Finanzplan 2011 wurde mit einem Steuersatz von 1.65 abzüglich Fr. 830'000.00 gerechnet. Im Finanzplan 2012 werden Fr. 918'000.00 abgezogen. Wenn die Steuergesetzrevision nun dazukommt und der Steuersatz auf 1.65 Steuerzehntel gesenkt wird, wird ein ungefährender Verlust von Fr. 1.6 Mio. eintreten. Ab 2012 wird der Fehlbetrag bei ca. Fr. 2.1 Mio. liegen. Im Finanzplan 2010 – 2014 wurden die Auswirkungen der Steuergesetzrevision nicht eingerechnet. Es gibt Gemeinden, welche vermutlich im nächsten Jahr aufgrund der Steuergesetzrevision die Steuern erhöhen müssen. Die SteuerzahlerInnen von Lyss profitieren somit bereits von einer Steuersenkung. Ob eine zusätzliche Senkung, vielleicht sogar auf 1.6 Steuerzehntel möglich ist, wird sich im Rahmen der Budgetierung zeigen.

Bei den Leistungsvorgaben gab es immer wieder Diskussionen betreffend der Zahlen, welche auf den Blättern aufgeführt sind. Es sind z. T. grosse Differenzen vorhanden. Diese Differenzen werden jeweils hinterfragt. Heinz Nievergelt wird noch informieren betreffend Differenzen. Die Zahlen wurden nur zur Information aufgelistet und hätten nicht Bestandteil der Unterlagen sein müssen.

Nievergelt Heinz, Abteilungsleiter Finanzen: Im Vorfeld wurde nachgefragt, wie die aufgelisteten Zahlen entstanden sind. Es wurde heute ein Papier zusammen mit zwei korrigierten Produktgruppen-Blättern verteilt. Im aktuellen Jahr fand die Verwaltungs-reorganisation statt. Die Rechnung 2009 wurde nach der alten Verwaltungsorganisation abgefasst. Das Budget 2010 wurde bereits mit den neuen Abteilungen gestaltet. Im Budget 2010 wurde auch der Kostenträgerplan entsprechend transparent dargestellt. Es ist ersichtlich, welche Produkte sich in andere Abteilungen verschoben haben. Die Zahlen könnten in der Vergangenheit (2007, 2006, etc.) auch noch angepasst werden. Die Grössen der Abteilungen sind nun anders als vorher. Der GGR stimmte bei der Budgetdebatte im letzten Herbst diesem Vorgehen zu. Aus diesem Grund wurde die Situation so belassen, dass bei den Leistungsvorgaben die Rechnung 2008 und 2009, und die Budgetzahlen 2010 nach der neuen Verwaltungsorganisation eingetragen wurden. Dies ist auch der logische Grund für grössere Differenzen im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Innerhalb des jeweiligen Postens lassen sich diese Unterschiede erklären. Dies wurde jedoch nicht ausführlich gemacht. Es gab Rückmeldungen, weil die Zahlen nicht mit dem Controllingbericht 2009 übereinstimmen. Selbstverständlich können diese Zahlen nicht übereinstimmen, da der Controllingbericht 2009 noch nach alter Verwaltungsorganisation dargestellt wurde.

Brauen Sandra, Ratspräsidentin, SVP: Die Detailberatung erfolgt produktgruppenweise. Über Anträge wird jeweils in den einzelnen Produktgruppen abgestimmt. Schreibfehler können direkt der Präsidialabteilung gemeldet werden.

Vorbericht:

Köchli Urs, SVP: Die Fraktion SVP setzte sich lange mit dem vorliegenden Budget auseinander. Grundsätzlich werden die Leistungsvorgaben 2011 nicht in Frage gestellt. Die Verwaltung kann mit diesen Grundlagen arbeiten. Fragen und Differenzen konnten in den Parlamentskommissionen geklärt werden. Einige Informationen folgten an der heutigen Sitzung von Heinz Nievergelt. Einige Erklärungen sind jedoch noch hängig. Wenn die ganze Situation begutachtet wird, ist die Fraktion SVP der Meinung, dass die Steuern in Lyss gesenkt werden müssen. Dies auch dann, wenn der Kanton bereits eine Steuersenkung vorsieht. Andere vergleichbare Gemeinden haben einen deutlich besseren Steuersatz. Aus diesem Grund stellt die Fraktion SVP 2 Anträge:

1. Es soll eine Budgetvariante 2011 mit einem Steuereinheitssatz von 1.65 bei ausgeglichenem Budget erstellt werden.
2. Die Steuern sollten um eine ganze Steuereinheit auf 1.60 gesenkt werden. Auch dies mit ausgeglichenem Budget.

Bürgi Martin, FDP: Auf Seite 1 im Vorbericht steht im letzten Satz des ersten Abschnittes: „Es wird eine Senkung der Steueranlage von 1.70 auf 1.65 angestrebt.“ Dies ist aus Sicht der Fraktion FDP nicht ausreichend. Daher stellt die Fraktion FDP den Antrag den betreffenden Satz wie folgt zu formulieren: „Es wird eine Senkung der Steueranlage von 1.70 auf 1.60 angestrebt.“

Koehn Gérald, glp: Die Fraktionen EVP und glp danken der Verwaltung für die Erarbeitung der Leistungsvorgaben. In den Parlamentskommissionen und in der Kommission Budget + Rechnung wurde festgestellt, dass die WoV-Vorgaben noch gewisse Wünsche offen lassen. Dank dem frühzeitigen versenden eines E-Mails von Gemeindeschreiber Daniel Strub, konnte vermutlich verhindert werden, dass heute ein Marathon von Änderungsanträgen eingeht. An der letzten Kommissionssitzung Budget + Rechnung, nahm die Verwaltung den Auftrag entgegen, die WoV-Vorgaben für 2012 ernsthaft zu überarbeiten. Die Fraktionen EVP/glp liessen sich von dieser Vorgehensweise überzeugen. Man wird jedoch die einzelnen Schritte dieser Überarbeitung kritisch mitverfolgen.

Einige Punkte zu den WoV-Vorgaben, um zu unterstreichen, dass noch etlicher Handlungsbedarf besteht: Wieso bestehen keine Leistungsvorgaben, womit die Kosten für die Liegenschaften beeinflusst werden können? Wieso existieren keine Standards zum Schwimmbad, zu den Turnhallen, zu den Sportanlagen, zur Seelandhalle und zur Curlinghalle - und notabene auch nicht zu den Schulhäusern? Bei der Frage, aus welchem Grund die Kosten bei der Kultur im Jahr 2010 um 32% gestiegen sind, gingen erstaunlicherweise 2 unterschiedliche Begründungen ein. Die Kulturkommission gab die Begründung ab, dass die Kosten in der Kultur aufgrund der regionalen Kulturkonferenz und der Kulturnacht gestiegen sind. Die Budget- + Rechnungskommission begründete den Kostenanstieg damit, dass die Abteilung Kultur von der Präsidial-



Abteilung zur Abteilung Schulen wechselte. Dadurch würden mehr Gemeinkosten abgewälzt. Bitte um Information, welche Begründung richtig ist. Trotz den kritischen Worten wollen die Fraktionen EVP/glp keine Einzelanträge stellen. Man ist überzeugt, dass man mit den generellen Verbesserungen der WoV-Kriterien und mit dem vorgesehenen Vorgehen Erfolg haben kann. Gleichzeitig werden alle Mitglieder der Parlamentskommission aufgefordert, diesen Prozess tatkräftig zu unterstützen.

Bütikofer Stefan, SP: Die Fraktionen SP und Grüne danken für die übersichtlichen Papiere. Es wurde ebenfalls darauf verzichtet, gross an den Indikatoren und Standards zu schrauben, da diese in den Parlamentskommissionen behandelt werden. Es wird jedoch noch einige Anträge zu einzelnen Standards geben.

Es ist schwierig, wenn die Diskussion in eine Budgetdebatte ausartet. Es geht hier um Leistungsvorgaben. Wenn man sparen will, sollte man auch sagen wo (bei welcher Produktgruppe) gespart werden kann. Wie viel dies kostet und welche Leistung dafür zu erwarten ist, wird sich im Oktober 2010 zeigen. Wenn eine pauschale Aussage gemacht wird „Steuersatz 1.60 und ausgeglichenes Budget“, muss man auch sagen wo gekürzt werden kann, welche Einsparungen gemacht werden können und welche Leistungen die Gemeinde nicht mehr erbringen muss. Ansonsten macht diese Aussage keinen Sinn.

Bürgi Martin, FDP: Bei den einzelnen Produktgruppen wird jeweils noch mitgeteilt, wo gespart werden soll. Die Fraktion FDP strebt Einsparungen an und gibt dem GR den Auftrag sich zu überlegen, was diese Einsparungen bedeuten. Es ist richtig, dass erst im Herbst 2010 beschlossen wird, was genau gemacht werden soll. Nun sollen jedoch Ideen an den GR gelangen, um zu zeigen was er tun soll.

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Zu Köchli Urs, SVP: Es wurde erwähnt, dass noch Fragen, resp. Antworten hängig sind. Bitte die Fragen heute Abend stellen, damit diese beantwortet werden können. Dieser Punkt sollte geklärt werden, da das Parlament ein Recht auf Antworten hat. Es wird ein Antrag gestellt, ein Budget mit 1.65 und 1.60 Steuereinheiten auszuarbeiten. Wenn das Budget mit 1.65 ausgeglichen ist, ist klar, dass bei 1.60 Einsparungen gemacht oder Leistungen gestrichen werden müssen. Somit müsste das Parlament eigentlich heute sagen, bei welchen Punkten gespart werden kann und eine Variante berechnet werden soll. Der GR kann nicht einfach von sich aus Leistungsvorgaben verändern. Heute wird beschlossen, wie die Standards aussehen sollen. Wenn konkrete Vorschläge für Varianten eingehen, besteht ein Handlungsspielraum und es können klare Zahlen/Fakten aufgezeigt werden. Zu Gérald Koehn, EVP/glp: Es ist richtig, dass die WoV-Vorgaben überarbeitet werden müssen. Diese Überarbeitung ist jedoch nicht alleine Aufgabe der Verwaltung und muss in Zusammenarbeit mit dem Parlament erfolgen. Die Ideen und Wünsche des GGR sollen mitberücksichtigt werden.



Abstimmung

Antrag 1 Fraktion SVP:

Budgetvariante 2011 mit 1.65 Steuereinheiten bei einem ausgeglichenen Budget.

Abstimmung:

Antrag 1 der Fraktion SVP wird mit 19 : 16 Stimmen angenommen.

Antrag 2 Fraktionen SVP und FDP:

Budgetvariante 2011 mit 1.60 Steuereinheiten bei einem ausgeglichenen Budget.
Es wird eine Senkung der Steueranlage von 1.70 auf 1.60 angestrebt.

Abstimmung:

Antrag 2 der Fraktionen SVP und FDP wird mit 22 : 15 Stimmen angenommen.

Der Antrag der FDP wird nicht zur Abstimmung gebracht, da andernfalls zweimal über die gleiche Variante Steueranlage 1.60 abgestimmt würde.

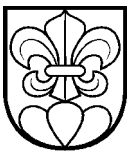
Hürzeler Brigitte, Gemeinderätin, FDP: Antwort betreffend des Differenzbetrages in der Kultur: Es ging um das Budget 2010, was damals auch begründet wurde. Im Budget 2009 ist ein

Betrag von Fr. 388'000.00 aufgeführt. Der Rechnungsbetrag wurde umgerechnet. 2010 sind Fr. 421'000.00 budgetiert. Diese Erhöhung betrifft die Kulturmacht (heisst jetzt Kulturtour) mit Fr. 25'000.00 und eine Erhöhung der RKK-Beiträge.

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Es hätte eine Variante mit einer Steuereinheit von 1.65 oder 1.60 ausgearbeitet werden können. Es wurde beschlossen, dass das Budget ausgeglichen sein muss. Faktisch heisst dies, dass für das nächste Jahr Einsparungen von Fr. 2.5 Mio. gemacht werden müssen. Es ist ½ Steuerzehntel von der Steuergesetzrevision und 1 Steuerzehntel von der gewünschten Steuersenkung. Es wird nun erwartet, dass konkrete Standards genannt werden, welche verändert werden können.

Santschi Samuel, SVP: Es gibt Sparmassnahmen, welche von der Verwaltung oder vom GR genannt werden müssen. Z. B. die Realloohnerhöhung von 2.5%: Man muss sicher vom GR her mit einer tieferen Realloohnerhöhung rechnen. Diese Massnahme ist unumgänglich. Heute Abend kann diese Massnahme nicht in den Leistungsvorgaben beurteilt werden. Der Ausgleich der kalten Progression kann beim besten Willen nicht als Steuersenkung betrachtet werden. Dies ist eine rein technische Massnahme, damit die Steuern nicht erhöht werden.

Bürgi Martin, FDP: Über den Antrag der Fraktion FDP wurde mit dem Antrag der Fraktion SVP abgestimmt. Es war eigentlich nicht ganz dieselbe Idee. Die Fraktion FDP verlangt kein ausgeglichenes Budget. Es wird eine Steuereinheit von 1.60 angestrebt, es kann jedoch auch ein Verlust ausgewiesen werden. Im Herbst 2010 kann das Parlament dann bestimmen, ob die vorgebrachte Variante akzeptiert werden kann, oder nicht. Wenn ein ausgeglichenes Budget verlangt wird, ist der GR blockiert und weiss nicht, welche Leistungen/Standards verändert werden sollen. Man sollte noch separat über den Antrag der Fraktion FDP abstimmen.



Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Zu Samuel Santschi, SVP: Der Ausgleich der kalten Progression ist trotzdem eine Entlastung für die SteuerzahlerInnen. Betreffend der Senkung der Realloohnerhöhung: Einerseits wird gesagt, dass die Gemeinde ein fairer Arbeitgeber sein soll. Dies soll auch so sein. Es wurden einmal Sparmassnahmen gemacht. Das lohnwirksame LVB wurde anfangs jährlich durchgeführt. In letzter Zeit wurde es im 2-Jahresrhythmus gemacht. Es gab auch Begehren welche äusserten, dass bei so einem guten Rechnungsergebnis (letztes Jahr) auch einmal die MitarbeiterInnen belohnt werden könnten. Dies wurde jedoch nicht gemacht. Es wurden keine Prämien, etc. ausbezahlt. Man muss das Personal gut behandeln. Wenn es alle 2 Jahre eine Erhöhung gibt, ist dies nicht übertrieben. Der GR wird darüber entscheiden und einen entsprechenden Vorschlag ausarbeiten. Es wird ein Budget mit 1.65 und 1.60 Steuereinheiten ausgearbeitet werden. Es wird versucht, das Budget ausgeglichen zu gestalten. Der GR ist jedoch darauf angewiesen, dass die Standards, welche verändert werden sollen, nun erwähnt werden.

Brauen Sandra, Ratspräsidentin, SVP: Ist die Fraktion FDP damit einverstanden, wenn der GR wie erwähnt versucht, ein ausgeglichenes Budget mit einer Steuereinheit von 1.60 zu erarbeiten? Somit müsste nicht mehr über den Antrag der Fraktion FDP abgestimmt werden.

Bürgi Martin, FDP: Die Fraktion FDP ist damit einverstanden.

Produktegruppe 111 Präsidialdienste:

Glutz Pierette, FDP: Bereits im Einstieg der Debatte wurde auf die Erreichbarkeit der Verwaltung hingewiesen. Die Fraktion FDP möchte hier noch eine Erweiterung machen. Heute ist aufgeführt: Wochentags 4 ½ Tage erreichbar. Eigentlich ist diese Aussage nicht korrekt, da nicht aufgeführt ist, ob die Erreichbarkeit am Schalter oder per Telefon ist. Die Verwaltung soll 5 Tage arbeiten und 5 Tage erreichbar sein. Auch wenn dieser Punkt im nächsten Jahr sicher richtig überarbeitet wird, soll er bereits in diesem Jahr korrigiert sein. Es werden keineswegs mehr Leistungen erwartet. Die 5 Tage entsprechen dem heutigen Zustand. Es ist 5 Tage pro Woche Personal auf der Verwaltung und man kann an 5 Tagen anrufen. Es soll nicht so ausgelegt werden, dass der Schalter an 5 Tagen geöffnet sein muss.

Bütikofer Stefan, SP: Der Redner vertrat nur die Parlamentskommission, worin beschlossen wurde, dass der Standard so belassen werden soll. Es könnte sonst Missverständnisse geben,

ob die Erreichbarkeit per Telefon oder am Schalter ist. Der GR kann hier bestimmen, was er als sinnvoll betrachtet. Dies spielt keine Rolle, da dieser Punkt im nächsten Jahr überarbeitet wird.

Marti Markus, BDP: Es wurde der Auftrag erteilt, dass viele Anträge gestellt werden sollen, worin Varianten verlangt werden. Was nützen diese Anträge, wenn unklar ist, wie hoch der Betrag ist, welcher mit den Standards verändert wird? Antrag Fraktion BDP betreffend der Daueraufgabe „Direkter und unkomplizierter Zugang der BürgerInnen zu den Dienstleistungen“: Der Standard soll in „3 begründete pro Jahr“ geändert werden. Dies würde alle 4 Monate 1 Reklamation ausmachen. Es ist jedoch unvorstellbar, wie diese Veränderung in den Frankenbeträgen etwas ausmachen kann. Dieses Dilemma besteht mit den vorliegenden Papieren. Die Parlamentskommissionen werden beauftragt, diese Punkte genau zu begutachten.

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Betreffend der Erreichbarkeit der Verwaltung: 5 Wochentage ist in Ordnung, da dies faktisch so ist. Am Freitagnachmittag ist die Verwaltung geschlossen, jedoch telefonisch erreichbar. Einmal ist die Verwaltung am Abend länger geöffnet und einmal über den Mittag.

Abstimmung

Antrag Parlamentskommission Präsidiales + Finanzen:

Der Indikator „Erreichbarkeit der Verwaltung“ mit zugehörigem Standard ist nicht zu streichen.

Abstimmung:

Der Antrag der Parlamentskommission Präsidiales + Finanzen wird einstimmig angenommen.

Antrag Fraktion FDP:

Daueraufgabe 4b „Erreichbarkeit der Verwaltung“: Der Standard soll auf Wochentags (5 Tage) geändert werden.

Abstimmung:

Der Antrag der Fraktion FDP wird einstimmig angenommen.



Antrag Fraktion BDP:

Der Standard der Daueraufgabe „Direkter und unkomplizierter Zugang der BürgerInnen zu den Dienstleistungen“ soll als Variante wie folgt gerechnet werden: 3 begründete pro Jahr.

Abstimmung:

Der Antrag der Fraktion BDP wird mit 15 : 11 Stimmen angenommen.

Produktegruppe 211 Finanzen:

Glutz Pierette, FDP: Die Fraktion FDP reichte im August 2006 eine Motion betreffend „Überprüfung des Personal- und Sachaufwandes und der eigenen Beiträge“ ein. Diese Motion wurde damals in den Punkten 1, 2, 4 und 7 als erheblich erklärt. Bis jetzt ist jedoch nicht ersichtlich, dass diese Punkte irgendwo eingeflossen sind. Die Fraktion FDP will darauf hinweisen, dass diese Punkte speziell im Bereich Finanzen oder Personal bei der Überarbeitung der Papiere in WoV berücksichtigt werden sollten. Es werden sich mit Sicherheit Kennzahlen und Standards anbieten, bei welchen diese Punkte in ein Papier integriert werden können. Somit können diese Punkte in Zukunft ständig überprüft werden.

Produktegruppe 212 Steuern:

Köchli Urs, SVP: Bei der Produktegruppe 212 hat sich scheinbar ein Fehler eingeschlichen. Die Annahme der Steuerpflichtigen Personen von 2010 wurde bedeutend zu tief angesetzt. Diese Korrektur wurde bereits in der Parlamentskommission vorgenommen. Es kann nicht sein, dass 2009 7'330 und 2010 nur 6'900 Steuerpflichtige Personen vorhanden sind. Bitte um Korrektur, da diese auch etwas andere Berechnungsgrundlagen ergibt.

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Die Korrektur wird für die Budgetierung geändert.

Produktegruppe 312 Hochbau:

Nobs Stefan, FDP: Änderungsantrag der Fraktion FDP: Der Standard bei den eingesetzten Unterhaltungsmittel soll geändert werden in $\leq 0.75\%$. Zusätzlich soll eine 2. Variante mit $\leq 0.5\%$ aufgeführt werden. Dies sind die Anregungen von der Fraktion FDP, welche verlangt wurden, um im Jahr 2011 zu sparen. Im Oktober/November 2010 kann darüber entschieden werden, welche Variante berücksichtigt werden soll.

Bütikofer Stefan, SP: Die Fraktion SP hat einen Antrag zur selben Daueraufgabe, jedoch anders lautend. Es sollten im Herbst 2 Varianten vorgelegt werden: Eine Variante mit 0.75% und eine mit 1.0%. Wenn bei den Gebäuden unter 1% investiert wird, besteht die Gefahr eines Substanzverlustes. Dies wäre ein Zustand, welcher sich die Gemeinde Lyss nicht leisten kann. Gerade bei einer Steuersenkung würde nicht genügend Geld zur Verfügung stehen, um die nötigen Sanierungen zu bezahlen. Wenn eine Steuersenkung finanziert wird, indem man Arbeiten aufschiebt, ist dies nur kurzfristig gedacht und somit sinnlos. Aus Transparenzgründen will die Fraktion SP wissen, was es kostet, wenn nachhaltig Unterhalt betrieben wird (1.0%). Es soll keine Steuersenkung beschlossen werden, welche auf Zahlen basiert, die langfristig nicht tragbar sind.

Bühler Gäumann Maja, Gemeinderätin, SP: Es wurde ursprünglich festgelegt, dass 1.0% richtig wäre, um den Werterhalt der Liegenschaften zu gewährleisten. Der GR ist der Meinung, dass die Variante mit 0.75% der tiefstmögliche Wert ist. Man sollte nicht auf 0.5% sinken, da sich dies langfristig negativ auswirken würde.

Zu Gérald Koehn betreffend den Standards der Immobilien: Es wird nicht für jedes einzelne Objekt ein Standard generiert. Dies ist der zusammengefasste Wert, welcher über die Unterhaltungsmittel standardisiert wird.



Koehn Gérald, glp: Betreffend den erwähnten Standards: Die Zeichen $<$ und $>$ sind ohnehin falsch. Es sollte definiert werden $= 0.5\%$ oder $= 0.75\%$. Somit wäre es ein klarer Standard. Wenn geschrieben wird $> 0.75\%$, könnte der Wert ja beispielsweise 13% betragen. Der Wert 0.75% ist klar, aber über welchen Betrag wird hier gesprochen? Diese Angabe ist nicht ersichtlich. Bei den Standards sollte man unbedingt wissen, um welche Beträge diese beeinflusst werden können. Es sollte ersichtlich sein, wie viel bei welcher Produktegruppe beeinflusst werden kann.

Nobs Stefan, FDP: Zu Gérald Koehn betreffend den Zeichen $>$ und $<$: Klar ist es zum Berechnen eines Standards besser, wenn er klar definiert ist. Die Verwaltung soll gebeten werden zu sparen. Vielleicht ist ja der Unterhalt nicht für 0.75% pro Jahr nötig. Somit wäre der Standard auch erfüllt, wenn es 0.7% wären. Der Unterhalt soll ja nur ausgeführt werden, wenn er auch wirklich nötig ist. Aus diesem Grund die entsprechenden Symbole.

Bühler Gäumann Maja, Gemeinderätin, SP: Allgemeine Information betreffend den Zahlen: Es wird vom Versicherungswert der Immobilien von Fr. 133 Mio. ausgegangen. Bei 0.75% wäre es pro Jahr Fr. 1 Mio. Bei 0.5% wären es Fr. 700'000.00 pro Jahr. Eine Senkung von 0.75% auf 0.5% würde somit ca. Fr. 300'000.00 ausmachen.

Abstimmung

Antrag 1 Fraktion FDP:

Daueraufgabe 2, Unterhalt in %. Der Standard soll auf ≤ 0.75 geändert werden:

Vorschlag GR: $> 0.75\%$	Antrag FDP: $\leq 0.75\%$
<u>Abstimmung:</u> 14 Stimmen	20 Stimmen

Antrag 1 der Fraktion FDP wird mit 20 : 14 Stimmen angenommen.

Antrag 2 Fraktion FDP:

Daueraufgabe 2, Unterhalt in %. Es soll eine Variante mit $\leq 0.5\%$ ausgearbeitet werden:

Variante GR: >0.75%	Variante FDP: $\leq 0.5\%$.
<u>Abstimmung:</u> 16 Stimmen	17 Stimmen

Antrag 2 der Fraktion FDP wird mit 17 : 16 Stimmen angenommen.

Antrag Fraktion SP:

Es soll eine Variante mit dem Standard 1% des Wiederbeschaffungswertes ausgearbeitet werden.

Abstimmung:

Der Antrag der Fraktion SP wird mit 21 : 17 Stimmen abgelehnt.

Brauen Sandra, Ratspräsidentin, SVP: Zusammenfassung: Bei der Daueraufgabe 2 wird nun neu die Vorgabe mit $\leq 0.75\%$ und eine zusätzliche Variante mit $\leq 0.5\%$ gerechnet. Der Antrag eine Variante mit 1% zu rechnen wurde abgelehnt.

Moor Jürg, glp: Dieses Beispiel zeigt, wie schwierig es ist über die Leistungsvorgaben abzustimmen, wenn nicht klar ist, welche Zahlen grundsätzlich dahinter stehen. Es wurde darüber gesprochen, dass von den Fr. 5.5 Mio. dieser Standard Fr. 1 Mio. ausmacht. Es ist unklar, wo die anderen Fr. 4.5 Mio. sind. Bei den ganzen Leistungsvorgaben ist es ein grosses Manko, dass unklar ist, wie grosse Beträge beeinflusst werden.



Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Die Spielregeln können nicht während dem Spiel geändert werden. Es wurde beschlossen, dass die Vorgaben wie vorliegend ausgearbeitet werden. Anschliessend werden diese in Zahlen umgerechnet. Bisher war dieser Ablauf immer so.

Marti Rolf, SP: Es wurden nun 2 Anträge angenommen. Ein Antrag ist $\leq 0.75\%$ und ein Antrag ist $\leq 0.5\%$. Was steht nun in diesem Papier? Werden beide angenommenen Anträge aufgeführt?

Strub Daniel, Gemeindeschreiber: Es geht hier darum, die Offerte für das Budget des nächsten Jahres zu umschreiben. In diese Offerte wurden nun verschiedene Varianten eingerechnet. In diesem Fall wird es eine Variante mit $\leq 0.75\%$ und eine Variante mit $\leq 0.5\%$ geben. Der GR muss somit in der Budgetdebatte im November dem GGR detaillierte Informationen unterbreiten. Es wird ersichtlich sein, wie viel die Variante mit $\leq 0.75\%$ kostet und welche Qualität für diese Variante erhältlich ist. In der 2. Variante wird ersichtlich sein, welche Kosten mit $\leq 0.5\%$ entstehen, und welche Qualität vorhanden ist. Anschliessend kann der GGR im Herbst bestimmen, welche der beiden Varianten angenommen werden soll. Die aufgeführten Zahlen in den Leistungsvorgaben sind nur eine Grössenangabe um zu zeigen, um wie viel es in der jeweiligen Produktegruppe geht. Wenn z. B. am Schluss einer Produktegruppe ein Betrag von Fr. 20'000.00 resultiert, muss man nicht lange darüber diskutieren, wie der Indikator verschoben werden kann. Bei einer anderen Produktegruppe mit beispielsweise Fr. 3 oder 5 Mio. ist es dann wieder sinnvoll, über die Höhe des Indikators zu diskutieren. Im WoV-System hat man im Vorfeld die Gelegenheit, Stellung zu nehmen, und die gewünschte Richtung fürs nächste Jahr anzugeben. In anderen Gemeinden gibt es dies nicht. Überlegungen, welche hier ganz einfach als Variante bestellt werden können, müssten über Parlamentarische Vorstösse bestellt werden. Lyss ist eine der einzigen Gemeinden, welche diese Vorgehensweise hat. Es ist eine einfache und gute Gelegenheit, Einfluss auf die Art und Weise des Budgets zu nehmen. Es wird in dieser Produktegruppe eine 2. Variante und die genaue Umschreibung des Indikators geben. Vorher war der Indikator $> 0.75\%$ und nun soll er $\leq 0.75\%$ sein. Der GR muss in der 2. Variante im Herbst umschreiben, welche Auswirkungen der Indikator mit $\leq 0.5\%$ hat.

Produktegruppe 313 Tiefbau:

Nobs Stefan, FDP: Antrag bei der Daueraufgabe 3, Unterhaltsmittel: Bei den Verkehrsanlagen soll eine Variante mit $\leq 0.75\%$ ausgearbeitet werden. Die öffentlichen Grünanlagen sollen auf 0.5% bleiben.

Bütikofer Stefan, SP: Die Fraktion SP wünschte bereits beim letzten Mal bei den Kennzahlen eine Unterscheidung von Grünanlagen und Verkehrsanlagen. Diese Unterscheidung wurde damals zugesichert, ist jedoch in diesem Jahr nicht ersichtlich. Können diese Beträge noch separat ausgewiesen werden?

Im letzten Jahr wurde als neue Daueraufgabe die Qualitätssicherung bei Fahrrad- und Fussgängerwegen gefordert. Es wurde damals mitgeteilt, dass eine solche Aufgabe sinnvoll ist und im Zuge der Ortsplanungsrevision 2011/2012 aufgenommen werden kann. Da diese Qualitätssicherung nicht aufgeführt ist, möchte die Fraktion SP erneut daran erinnern.

Bühler Gäumann Maja, Gemeinderätin, SP: Betreffend dem Unterhalt der Verkehrsanlagen: Während dem Schulhausneubau Grentschel wurde der Unterhalt der Verkehrsanlagen auf 0.5% gesenkt. Der Unterhalt wurde anschliessend kontinuierlich aufgebaut. Es wäre sehr wichtig, nun auf 1% zu bleiben. Es besteht ein grosser Nachholbedarf um den bisherigen Standard wieder aufbauen zu können.

Betreffend der Kennzahlen mit der Aufteilung in Grünanlagen und Verkehrsanlagen: Diese Aufteilung wird gemacht werden, wenn dieses Papier überarbeitet wird.

Stähli Daniel, FDP: Zu Stefan Bütikofer: Es ist unklar, aus welchem Grund die Aufteilung in Grünanlagen und Verkehrsanlagen gewünscht wird. Bei den Indikatoren und Standards ist die Aufteilung in Verkehrsanlagen (1%) und öffentliche Grünanlagen (0.5%) aufgeführt.

Bütikofer Stefan, SP: Die gewünschte Aufteilung bezog sich nicht auf die Standards und Indikatoren, sondern auf die unten aufgeführten Kennzahlen (Neuanlagen, Ausbauten, etc.). Dort sind die Verkehrsanlagen und die Grünanlagen nicht separat aufgeführt.

Abstimmung



Antrag 1 Fraktion FDP:

Daueraufgabe 3, Unterhaltungsmittel in %. Beim Standard der Verkehrsanlagen soll der Standard auf $\leq 1\%$ geändert werden:

Vorschlag GR: 1%	Antrag FDP: $\leq 1\%$
<u>Abstimmung:</u> 12 Stimmen	20 Stimmen

Antrag 1 der Fraktion FDP wird mit 20 : 12 Stimmen angenommen.

Antrag 2 Fraktion FDP:

Daueraufgabe 3, Unterhaltungsmittel in %. Beim Standard der Verkehrsanlagen soll eine Variante mit $\leq 0.75\%$ ausgearbeitet werden.

Antrag 2 der Fraktion FDP wird mit 19 : 17 Stimmen angenommen.

Brauen Sandra, Ratspräsidentin, SVP: Somit wird bis zum Herbst die Vorgabe mit $\leq 1\%$ und eine Variante mit $\leq 0.75\%$ gerechnet werden. Beide Varianten werden in den Unterlagen aufgeführt.

Produktgruppe 314 Entsorgung:

Bütikofer Stefan, SP: Die Fraktion SP stellt einen Antrag betreffend des Werkhofes. Wie im Verwaltungs- und Controllingbericht bereits zu entnehmen war, wird in Lyss immer weniger Abfall recycelt. Es wird kontinuierlich weniger Abfall zur zentralen Sammelstelle gebracht. Ein Grund dafür sind auch die unregelmässigen Öffnungszeiten der Sammelstelle. Es gibt immer wieder Personen, welche Abfall entsorgen wollen und vor verschlossenen Toren stehen. Danach wird der Abfall häufig im Haushaltskehrrecht entsorgt. Diese Tendenz ist erschreckend. Lyss ist eine Energiestadt und macht sehr viel für den Umweltschutz. Recycling ist eine der einfachsten Tätigkeiten für den Umweltschutz. Es wird ein Antrag für eine Variante gestellt. Im Herbst soll ersichtlich sein, wie viel der Werkhof kostet, wenn die Öffnungszeiten gleich bleiben und wie hoch die Kosten wären, wenn die Sammelstelle wie folgt geöffnet wäre: Werktags täglich von 8.30 – 11.30 Uhr und nachmittags von 13.30 – 17.00 Uhr. Samstags von 8.00 – 13.00

Uhr. Vielleicht könnte hier ein kleiner Betrag eingesetzt werden, um das Recycling bei den Lys-serInnen wieder zu fördern.

Bühler Gäumann Maja, Gemeinderätin, SP: Die momentanen Öffnungszeiten wurden vor einigen Jahren auf Wunsch des GGR als Sparmassnahme reduziert und eingeführt. Die Kosten für mehr Öffnungszeiten können errechnet und präsentiert werden.

Abstimmung

Antrag Fraktion SP:

Dem GGR ist für die Budgetdebatte bei der Produktegruppe 314 eine Variante mit folgenden Öffnungszeiten für die zentrale Sammelstelle vorzulegen: Werktags von 8.30 – 11.30 Uhr und nachmittags von 13.30 – 17.00 Uhr. Samstags von 8.00 – 13.00 Uhr.

Abstimmung:

Der Antrag der Fraktion SP wird mit 19 : 11 Stimmen angenommen.

Produktegruppe 411 Sicherheit:

Marti Markus, Präsident Parlamentskommission Sicherheit + Liegenschaften, BDP: Die Parlamentskommission Sicherheit + Liegenschaften möchte hier einen Antrag stellen. Bei der Daueraufgabe 5 „Gewerbepolizeiliche Aufsicht“ ist im Standard vermerkt „4 pro Jahr“. Da unklar ist, was genau 4 pro Jahr sind, wurde der Standard umgerechnet. Man einigte sich in der Parlamentskommission mit Thomas Peter zusammen, dass neu „30 Stunden Kontrolltätigkeit“ vermerkt werden soll. Dies wäre auch eine fixe Zahl, welche im Budget berücksichtigt werden könnte.



Eggimann Roman, FDP: Die Fraktion FDP diskutierte lange über den Punkt mit der Gewerbe-polizei. Mit den 30 Stunden kann die Tätigkeit nicht gut kontrolliert werden. Wenn z. B. ein Be-trieb begutachtet wird, der bereits 29 Stunden Kontrolltätigkeit hat, kann nur noch 1 Stunde geleistet werden und danach hat man das Soll bereits erreicht. Dies wäre nicht so sinnvoll. Die Kontrolle könnte besser gemacht werden, wenn definiert würde, wie mancher Betrieb kontrol-liert werden soll. Die Fraktion FDP schlägt aus diesem Grund vor, „4 Betriebe pro Jahr“ bei den Standards aufzuführen.

Stefan Nobs, FDP: In den Projektzielen ist seit Jahren die Überarbeitung des Polizei- und Parkplatzreglements aufgeführt. Das Manko an Sicherheit und Ordnung ist in Lyss immer ein grösseres Problem. Aus diesem Grund reicht die Fraktion FDP heute eine Motion „Mehr Sicher-heit und Ordnung, Totalrevision des Gemeindereglements öffentliche Sicherheit“, ein.

Arn Werner, Gemeinderat, SVP: Zu Roman Eggimann, FDP: An der Parlamentskommission wurde dieser Punkt diskutiert (der Redner war auch anwesend). Die 30 Stunden pro Jahr sind ein sinnvoller Vorschlag. Es wurde darüber diskutiert, eine Anzahl der Betriebe aufzuführen. Es beansprucht jedoch nicht jeder Betrieb gleich viel Zeit für eine Kontrolle. Die Zeitvorgabe in Stunden ist somit besser, als eine Anzahl der Betriebe. Der Antrag der Parlamentskommission (30 Stunden pro Jahr) wird unterstützt.

Zu Stefan Nobs, FDP: Die Reglementsanpassungen sind eine bestehende Pendenz. Es ist vorgesehen, diese Reglemente im Laufe dieses Jahres und in der ersten Hälfte des nächsten Jahres zu überarbeiten. Dem GGR werden entsprechende Reglementsanpassungen zur Ent-scheidung unterbreitet.

Korrektur bei den Kennzahlen „Allgemeine Interventionen / Hilfeleistungen“: Im Jahr 2009 wa-ren es nicht 600 Allgemeine Interventionen / Hilfeleistungen, sondern 372.

Abstimmung

Abstimmung nach dem Cupsystem, da 3 sich ausschliessende Anträge vorliegen:

<u>Antrag Parlamentskommission Sicherheit + Liegenschaften:</u> Bei der Umschreibung „Gewerbepolizeiliche Aufsicht“, anstelle des nicht präzisen Standards 4 pro Jahr, neu den Standard 30 Stunden Kontrolltätigkeit einzusetzen.	<u>Antrag Fraktion FDP:</u> Bei der Umschreibung „Gewerbepolizeiliche Aufsicht“: Der Standard soll auf 4 Betriebe pro Jahr geändert werden.
<u>Abstimmung:</u> 23 Stimmen	9 Stimmen

Der Antrag der Parlamentskommission Sicherheit + Liegenschaften gewinnt mit 23 : 9 Stimmen und wird der Vorgabe des GR gegenübergestellt.

<u>Antrag Parlamentskommission Sicherheit + Liegenschaften:</u> Bei der Umschreibung „Gewerbepolizeiliche Aufsicht“, anstelle des nicht präzisen Standards 4 pro Jahr, neu den Standard 30 Stunden Kontrolltätigkeit einzusetzen.	<u>Vorgabe GR:</u> Bei der Umschreibung „Gewerbepolizeiliche Aufsicht“: Es ist ein Standard von „4 pro Jahr“ aufgeführt.
<u>Abstimmung:</u> 32 Stimmen	0 Stimmen

Der Antrag der Parlamentskommission Sicherheit + Liegenschaften ist einstimmig angenommen.



Produktegruppe 413 Liegenschaften:

Marti Markus, Präsident Parlamentskommission Sicherheit + Liegenschaften, BDP: Die Parlamentskommission war anfänglich mit dieser Produktegruppe nicht einverstanden. Es ist nicht ersichtlich, welche Anforderungen für die Vermietung vorhanden sein müssen. Die Parlamentskommission Sicherheit + Liegenschaften wird ein starkes Augenmerk auf diesen Punkt haben, verzichtet jedoch zum jetzigen Zeitpunkt auf Anträge.

Produktegruppe 414 Zivilschutz, Feuerwehr, Militär, Schiessen:

Arn Werner, Gemeinderat, SVP: Textliche Ergänzung zum besseren Verständnis: Bei der Daueraufgabe 4 „Schaffen von Voraussetzungen für die Erfüllung der obligatorischen und freiwilligen Schiesstätigkeit“ ist beim Indikator „Einsatzbereitschaft“ noch das Wort „Zielscheiben“ zu ergänzen. Somit ist klar, dass die Einsatzbereitschaft auf die Zielscheiben bezogen wird.

Produktegruppe 611 Volksschule:

Marti Rolf, SP: Bei der Produktegruppe 611 störte, dass viele verschiedene „gut“ aufgeführt sind. Man sollte die entsprechende Definition direkt auflisten. Die Definition von „Gut 1“ meint rechtliche Vorgaben. Was sind jedoch die rechtlichen Vorgaben? Die Fraktion SP stellt den Antrag, dass die Definition der Standards klarer formuliert wird. Die Skala ist fraglich, da man bei 10% unter den rechtlichen Vorgaben noch im Bereich „genügend 1“ ist.

Antrag Fraktion SP:

Sehr gut = 20% über den gesetzlichen Vorgaben.

Gut = 10% über den gesetzlichen Vorgaben.

Genügend = 100% der gesetzlichen Vorgaben.

Ungenügend = weniger als 100% der gesetzlichen Vorgaben.

Es wird davon ausgegangen, dass die gesetzlichen Vorgaben die minimalste Pflicht sind. Es macht keinen Sinn, wenn es die Gemeinde Lyss als gut befinden würde, wenn diese gesetzliche Minimalpflicht unterschritten wird.

Bei den gut 2 und 4 sollten die Prozentzahlen direkt im Papier aufgeführt werden und nicht erst 2 Seiten später in einer Tabelle.

Hürzeler Brigitte, Gemeinderätin, FDP: Die aufgeführten Formulierungen sind z. T. verwirrend. Es gibt verbindliche rechtliche Vorgaben (z. B. bei den Lehrmitteln), welche eingehalten werden müssen. Es gibt auch Bandbreiten, bei denen die rechtlichen Vorgaben bezogen werden können. Aus diesem Grund sind die rechtlichen Vorgaben nicht ohne wenn und aber einzuhalten. Z. B. die Grösse der Schulzimmer: Im Kindergarten gibt es verbindliche Masse, wie gross ein Schulzimmer sein muss. In der Primar- und Sekundarstufe bestehen nur Bandbreiten, welche als Empfehlung abgegeben werden. Die Standards sollten neu umschrieben werden, um Transparenz zu schaffen. Der Änderungsantrag von Rolf Marti, SP kann gut angenommen werden.

Das direkte Aufführen der Prozentzahlen bei den Standards entspricht eigentlich nicht der WoV-Philosophie. Ansonsten müssten die Weisungen von Daniel Strub neu erfolgen. Man einigte sich dafür, konsequent alle Angaben mit Fussnoten zu machen.

Abstimmung

Antrag 1 Fraktionen SP/Grüne:

Fussnote 1 gut: Der GR wird beauftragt, „rechtliche Vorgaben“ zu definieren.

Abstimmung:

Antrag 1 der Fraktionen SP/Grüne wird mit 32 : 4 Stimmen angenommen.

Abstimmung nach Cupsystem, da zwei sich ausschliessende Anträge vorliegen:

<p><u>Antrag 2 Fraktion SP/Grüne Änderung Definition Standards Ziffer 1:</u></p> <p>Sehr gut = 20% über den gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Gut = 10% über den gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Genügend = 100% der gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Ungenügend = weniger als 100% der gesetzlichen Vorgaben.</p>	<p>Vorgabe GR Standards:</p> <p>Sehr gut = 20% über den gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Gut = rechtliche Vorgaben.</p> <p>Genügend = 10% unter den gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Ungenügend = 20% unter den gesetzlichen Vorgaben.</p>
<p><u>Abstimmung:</u> 29 Stimmen</p>	<p>5 Stimmen</p>

Der Antrag 2 der Fraktionen SP/Grüne wird mit 29 : 5 Stimmen angenommen.

Marti Rolf, SP: Antrag 3 der Fraktionen SP/Grüne wird aufgrund der Ausführungen von Brigitte Hürzeler zurückgezogen.

Stähli Daniel, FDP: Nun wurde darüber abgestimmt, dass die Standards/Grenzwerte um 10% erhöht werden sollen. Was nun nicht definiert wurde, ist das Soll, welches erreicht werden sollte. Wenn nun ein gut erreicht wird, ist dies 10% höher als vorher. Soll nun ein „gut“ oder ein „genügend“ erreicht werden? Die Fraktion FDP stellt den Antrag, dass der Sollwert als „genügend“ erreicht werden soll.

Marti Rolf, SP: Zur Präzisierung: Es war eigentlich nicht die Absicht, den Standard auf diese Art und Weise zu erhöhen. Es wäre in Ordnung, wenn der Standard auf genügend (gleich wie vorher) bleiben würde. Es geht nur darum, dass die Formulierung nicht aussagt, dass weniger als die gesetzliche Vorgabe auch noch gut ist.

Stähli Daniel, FDP: Der Antrag der Fraktion FDP lautet: Der Sollwert für alle Sollstandards mit der Fussnote 1 ist auf genügend festzulegen.

Abstimmung

Antrag Fraktion FDP gegenüber dem aufgeführten Antrag in den Unterlagen:

Der Sollwert für alle Sollstandards mit der Fussnote 1 ist auf genügend festzulegen.

Abstimmung:

Der Antrag der Fraktion FDP wird einstimmig angenommen.



Produktegruppe 711 Soziale Sicherung:

Bürigi Martin, FDP: Die Fraktion FDP machte vor Jahren den Antrag, bei der Alimentenbevorschussung jährlich um 2% zu steigern. Bei diesen Überlegungen ging man damals von falschen Voraussetzungen aus. In der Zwischenzeit ist man damit einverstanden, wenn dies fixiert wird. Die Formulierung sollte noch geändert, resp. die Zahl von 55% nicht so belassen werden. Es sollte aufgeführt werden, was nach gesetzlicher Vorgabe enthalten sein muss. Man will in Lyss nicht besser sein als das Gesetz. Es gibt zu diesem Thema noch ganz viele Fragen. Die Fraktion FDP wird eine entsprechende Interpellation einreichen, welche vielleicht auch noch in das WoV-Papier integriert werden kann. Die Fraktion FDP stellt den Antrag, die 55% zu streichen und an dessen Stelle „gemäss den gesetzlichen Vorgaben“ aufzuführen. Die Prozentzahl, welche dann resultiert, ist momentan noch unklar.

Junker Burkhard Margrit, Gemeinderätin, SP: Bei den Alimenteninkasso gibt es keine gesetzlichen Vorgaben. Es geht darum, das Inkasso möglichst gut und seriös durchzuführen. Es soll ein möglichst gutes Ergebnis resultieren. Bei Kappelen stehen z. B. 0% des Inkassoerfolges. An anderen Orten hat man recht guten Erfolg.

Bürigi Martin, FDP: In diesem Fall wird der Antrag der Fraktion FDP zurückgezogen. Die erwähnte Interpellation gibt ev. einige Anhaltspunkte, wie es beim nächsten Mal gemacht werden könnte.

Schlussbemerkungen:

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Es werden in einigen Produktgruppen Varianten gerechnet werden. Das Budget wird mit 1.65 und 1.6 Steuereinheiten durchgerechnet werden und man wird darauf achten, dass es ausgeglichen ist. Wenn die Zahlen nicht ausgeglichen sind, werden die in Auftrag gegebenen Varianten zum Zuge kommen. Diese werden jedoch vermutlich nicht ausreichen, um das Budget ausgeglichen zu gestalten. Aus diesem Grund werden weitere Möglichkeiten aufgezeigt werden, wo Sparmassnahmen möglich sind. Das Parlament wird darüber entscheiden, wo gespart wird, oder ob das Budget ev. nicht ganz ausgeglichen sein wird.



Moor Jürg, glp: Es werden verschiedene Varianten errechnet. Die definierten Leistungsvorgaben sollten jedoch bereits eine Grundlage für das Budget bieten. Aus diesem Grund wird der Antrag gestellt, dass bei den Leistungsvorgaben in zukünftigen Debatten bereits im Vorfeld ersichtlich ist, in welcher Grössenordnung die Indikatoren und Standards veränderbar sind.

Sitzungsunterbruch für 5 Minuten.

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Antrag Jürg Moor, glp lautet: „In zukünftigen Debatten über Leistungsvorgaben sollen die Kosten der einzelnen Standards und Indikatoren transparent zugewiesen werden können.“ Das würde bedeuten, dass bei den Standards und Indikatoren Zahlen aufgeführt werden. Bitte diesen Antrag dringendst ablehnen. Wenn dieser Antrag angenommen wird, geht man einen riesigen Schritt zurück Richtung HRM. Mit dieser Änderung kann genauso gut HRM angewandt werden. Das wäre viel einfacher. Es würde dann plötzlich wieder über Zahlen und nicht über Leistungen diskutiert. Dieses Vorgehen wäre nicht WoV-konform. Diese Auslegung wäre auch nicht transparenter, da viele Gemeindekosten zugewiesen werden müssen. Dieser Antrag würde ebenfalls einen immensen Aufwand bedeuten. Es müsste dafür 1 Person zu 100 Stellenprozenten angestellt werden. Es wird geholfen, zusammen mit den Parlamentskommissionen Transparenz zu schaffen. Es kann transparenter gemacht werden, indem aufgelistet wird, welche Kosten beeinflusst werden können. Auch in Anbetracht der gewünschten Steuersenkung sind der Aufwand und die Kosten, welcher dieser Antrag mit sich bringt, nicht angebracht.

Moor Jürg, glp: Der Einwand von Andreas Hegg ist verständlich. Der Antrag wurde vielleicht etwas falsch formuliert. Es geht nicht darum, bei jedem Indikator einen genauen Frankenbetrag zu haben. Es sollte ersichtlich sein, welches die harten Faktoren sind und welche Indikatoren kostentreibend sind. Wo geht es um grosse Beträge und welches sind weiche Faktoren, welche nicht kostenrelevant sind? Auch Fixkosten oder Gemeinkosten, welche nicht beeinflusst werden können, sollten ersichtlich sein. Mit den vorliegenden Leistungsvorgaben ist es relativ schwierig,

irgendwelche Entscheide zu fällen. Beim Budget wird es vermutlich eine Riesendebatte geben. Hier könnte man doch vorspüren, damit für die Budgeterstellung bereits gewisse Leitplanken vorhanden sind. Bisher wurde einfach nur ein Steuersatz von 1.65 oder 1.6 festgelegt. Dies jedoch nicht über einzelne Indikatoren.

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Der Antrag steht so, wie er formuliert und eingereicht wurde. In dieser Form ist er jedoch nicht ausführbar. Es wird versprochen, dass zusammen mit den Parlamentskommissionen Zahlen herauskristallisiert werden, damit ersichtlich ist, wie viel beeinflussbar ist.

Abstimmung

Antrag Jürg Moor, glp:

In zukünftigen Debatten über Leistungsvorgaben sollen die Kosten der einzelnen Standards und Indikatoren transparent zugewiesen werden können.

Abstimmung:

Der Antrag Jürg Moor, glp wird mit 29 : 3 Stimmen abgelehnt.

Beschluss einstimmig

Der GGR verabschiedet die Leistungsvorgaben 2011 als Grundlage für die Budgeterarbeitung zuhanden der GGR-Sitzung vom 08.11.2010.

Beilagen Leistungsvorgaben 2011
 Zusatzinformationen zu Leistungsvorgaben



59 6103.0700 Jugend

Soziales + Jugend – Junker Burkhard

Postulat EVP Wochenplatzbörse + Postulat SVP/BDP Angebot einer Wochenplatzbörse auf www.lyss.ch

Ausgangslage / Vorgeschichte

An der GGR-Sitzung vom 19.05.2008 reichte die Fraktion EVP die Motion „Wochenplatzbörse“ mit folgendem Auftrag ein:

Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Lysser Gewerbe, der Jugendfachstelle und der Schule, eine Wochenplatzbörse einzuführen.

Begründung:

Die Wochenplatzangebote können Jugendliche ab 13 Jahren zu einer aktiven Freizeitgestaltung anregen. Die Schülerinnen und Schüler treten in Kontakt mit Erwachsenen und lernen Verantwortung zu übernehmen. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ermöglichen den Jugendlichen bezahlte Arbeit in Privathaushalten und Firmen.

Das Ziel der Wochenplatzbörse ist es, Jugendliche ab 13 Jahren in ihrer Selbständigkeit und ihrem Selbstvertrauen zu stärken und ihnen erste Kontakte zur Arbeitswelt zu ermöglichen. Eine Wochenplatzbörse können wir uns wie folgt vorstellen:

Art der Arbeiten in Firmen und Privathaushalten:

- Reinigungsarbeiten
- Handreichungen
- Einkaufen/Botengänge
- Babysitten
- Betreuung von Haustieren
- Einfache Gartenarbeiten etc.

Das Betreiben einer solchen Stelle sollte einfach, selbstlaufend, webgeschützt und selbsttragend (Sponsoring) sein.

Die Arbeitsangebote sollten vielfältig und interessant sein.

Ähnliche Angebote und umfangreiche Konzepte bestehen bereits in anderen Gemeinden

(www.wochenplatzboerse.spiez.ch)

Die Motion EVP wurde an der GGR-Sitzung vom 09.03.2009 in ein Postulat umgewandelt und als erheblich erklärt.

An der GGR-Sitzung vom 09.03.2009 reichte zudem die Faktion SVP/BDP ein Postulat mit folgendem Prüfungsauftrag ein:

Mit diesem Postulat wird der GR beauftragt eine Wochenplatzbörse mit den folgenden Inhalten auf www.lyss.ch anzubieten, jedoch nicht als zwingend und als permanentes Angebot zu verstehen sind. Die Gemeinde stellt auf der Homepage der Gemeinde Lyss ein entsprechendes Angebot. Dieses Angebot muss als Selbstläufer funktionieren. Das Angebot erlischt automatisch nach 30 Tagen, sofern der Eintrag vom Anbietenden nicht bereits entfernt wurde. Die Verantwortung obliegt der Gemeinde, entsprechende Geschäftsbedingungen (AGB's) und Kontrollmechanismen sind vom GR, resp. der verantwortlichen Abteilung zu definieren. Nebst der einmaligen Installation dürfen für den Betrieb nur geringe Kosten anfallen. Das Angebot richtet sich nach der Ausschreibung, resp. dem Prinzip Angebot und Nachfrage. Die Information erfolgt mittels Medienmitteilung und Informationsschreiben an die ortsansässigen Betriebe und an die Schulen.

Dieses Postulat wurde bisher noch nicht erheblich erklärt.

Rechtliche Grundlagen

- Gesetzliche Bestimmungen und zulässige Tätigkeiten für Jugendliche im Kanton Bern: Art. 29 – 32 ArG Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz), Jugendschutzverordnung ArGV5, Art. 2 ABAV Verordnung über die Arbeit, Betriebe und Anlagen (Kant. Gesetz).
- Beide Postulate entsprechen inhaltlich den übergeordneten gesetzlichen Bestimmungen für zulässige Tätigkeiten von Jugendlichen im Kanton Bern.

Problem bzw. sich stellende Fragen

An der GGR-Sitzung vom 09.03.2009 war die Einführung einer Wochenplatzbörse von keiner Partei bestritten. Einzig die Modellwahl und die Kosten gaben Anlass zu Diskussionen.



Abklärungen haben ergeben, dass einige Gemeinden Wochenplatzbörsen und/oder Ferienjobvermittlungen anbieten, dies allerdings mit unterschiedlichem Erfolg. Die meisten Betreibenden dieser Börsen erhalten viele Anfragen von Jugendlichen, Arbeitsangebote bleiben aber häufig aus. Die Betreibenden der Jobbörse Thun erhalten viele Arbeitsangebote von privater Seite her (Botengänge, Hunde ausführen, Rasen mähen usw.). Dem Jugendschutz ist beim Entscheid der Modellwahl besondere Beachtung zu schenken (Seriosität der Jobangebote, altersentsprechende Arbeiten, angepasste Entschädigung usw.).

Modelle

Wochenplatzbörse Spiez

Arbeitsanbietende können über das Internet selber Inserate aufgeben. Jugendliche melden sich direkt bei den Anbietenden. Inserate werden nicht auf ihre Seriosität geprüft. Zwischen den Parteien wird zur Sicherheit empfohlen, ein Vertrag abzuschliessen. Dieser kann direkt von der Homepage herunter geladen werden. Mit einem Testatheft, das die Jugendlichen bei der Jugendarbeitsstelle erhalten, können sie geleistete Arbeiten als Referenzen eintragen lassen. Die Jugendarbeitsstelle ist Anlaufstelle für KundInnen ohne Internetzugang und für Fragen seitens der Jugendlichen und Arbeitgebenden (z.B. Kind hat Geld geklaut, wie weiter?).

Die Jugendarbeitsstelle kontrolliert ob die Angebote noch aktuell sind. Sie macht auch öffentlich (Pausenplätze) und mit Flyer auf die Wochenplatzbörse aufmerksam.

Ein Stolperstein ist, dass die Arbeitgebenden, die eigentlich selber ihre Inserate verwalten, ihre Inserate nicht löschen, wenn die Arbeit vergeben ist. Auch mit dem Einloggen bekunden viele Mühe, obwohl auf der Homepage ein ausführlicher Beschrieb als Link angefügt ist.

Die ganze Aktion ist vor einem Jahr eingeführt worden und anfangs nur sehr harzig angelaufen. Mittlerweile erfreut sich das Angebot immer grösser werdender Beliebtheit.

ferienjob.ch

Auf der Internetseite wird auf verschiedenste Hinweise und Verbote aufmerksam gemacht, welche bei Nichteinhaltung gelöscht werden. Jedoch wird auf die Selbstverantwortung der Inserenten gesetzt.

Wochenplatzbörse Ostermundigen

Die ganze Organisation läuft über das Jugendamt. Von Seiten Arbeitgebenden wie Arbeitnehmenden werden Anmeldungen ausgefüllt. Diese werden anschliessend in eine Warteliste auf-

genommen. Die Finanzen regeln die Parteien unter sich. Das Jugendamt verlangt von beiden Parteien einen Rapport mit Unterschrift, in dem der Arbeitsverlauf festgehalten wird. Seit dem 01.01.2008 müssen die Jugendlichen 2-fach versichert sein, d. h. privat über die Krankenkasse und über eine weitere Stelle. Die Jugendlichen sind deshalb zusätzlich über die Gemeinde versichert.

Das Jugendamt organisiert bei Bedarf Babysittingkurse, die von den Teilnehmenden selber finanziert werden. Wochenplätze sind in dieser Region ein grosses Bedürfnis. Das Jugendamt stellt bei Bedarf gerne Unterlagen diesbezüglich zur Verfügung oder ist für einen Besuch offen.

Jobbörse Bern

Jugendliche werden in die Kartei der Jobbörse aufgenommen. Nach erfolgter Auftraganfrage von einem Arbeitgeber wird mit dem dazu passenden Jugendlichen Kontakt aufgenommen. Zwischen den Parteien wird ein Vertrag abgeschlossen, der an die Jobbörse weitergeleitet wird. Die geleisteten Stunden werden vom Auftraggeber in einem Rapportblatt eingetragen, welches der Jobbörse zugestellt wird. Der Lohn, Fr. 11.00/Stunde, können die Jugendlichen gegen Unterschrift in der Jobbörse beziehen. Der Lohn, Fr. 13.00/Stunde, wird dem Arbeitgebenden in Rechnung gestellt. Die Jugendlichen sind über die Jobbörse gegen Unfall versichert.

Wochenplatzbörse Thun

Ähnlicher Aufbau wie in Ostermundigen. Sie kontrollieren die Angebote nicht, empfehlen jedoch den Eltern ihre Kinder das erste Mal zu begleiten. Das Büro hat die Erfahrung gemacht, dass die Jugendlichen eher am späteren Nachmittag zu erreichen sind. Ihre Öffnungszeiten sind jeweils von 16.00 bis 17.30

Jobbörse Biel und Umgebung

Die Jobbörse Biel und Umgebung wird diesen Sommer neu aufgebaut. Trägerin ist die Pro Juventute. Geplant ist, die Leitung der Jobbörse Jugendlichen zu übertragen, die durch Erwachsene begleitet werden (siehe Konzept).

Gewählte Lösung für eine Jobbörse Lyss

Der GR beschloss an seiner Sitzung vom 31.05.2010 die Jobbörse analog dem Konzept der Pro Juventute Aktionsgruppe Biel/Bienne & Umgebung aufzubauen und hat der Jugendfachstelle Lyss und Umgebung den Auftrag zur Umsetzung erteilt.

Verhandlungen mit den Verantwortlichen von Pro Juventute Aktionsgruppe Biel/Bienne & Umgebung haben gezeigt, dass der Aufbau einer Jobbörse in Lyss und Umgebung (Einzugsgebiet der Jugendfachstelle) in enger Kooperation mit Pro Juventute und Jugendfachstelle am einfachsten umzusetzen ist. Das heisst die Pro Juventute stellt sämtliche Unterlagen und ihr Knowhow, die Jugendfachstelle den Arbeitsplatz (im SchülerInnen-Treff) und das Coaching der Jugendlichen zur Verfügung. Auf diese Weise kann ein professionelles und trotzdem kostengünstiges Modell aufgebaut werden. Ein weitere Vorteil ist, dass die beiden Regionen Lyss und Biel dasselbe Modell anbieten und somit Jugendliche unkompliziert gegenseitig vermittelt werden können.

Von einer unbetreuten Plattform, wie es die Fraktion SVP/BDP vorsieht, wird aus Gründen des Jugendschutzes (Seriosität der Jobangebote, altersentsprechende Arbeiten, angepasste Entschädigung) abgeraten.

Umsetzung; Art und Weise der Umsetzung sowie Umsetzungszeitraum

Ab Sommer 2010 kann mit dem Aufbau der Jobbörse Lyss und Umgebung begonnen werden (Vereinbarung Pro Juventute, Konzeptarbeiten, Sponsoring, akquirieren von Anbietenden usw.). Der Start der Jobbörse im für Herbst 2010 vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen des Entscheids sowie seine Auswirkungen auf WoV

Es fallen keine zusätzlichen Miet- und Lohnkosten an. Die Jugendfachstelle setzt sich gemäss ihrem Auftrag für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung von Kindern und Jugendlichen ein. Deshalb können zusätzliche Kosten (Werbung, Büromaterial, Telefonkosten usw.) über das laufende Budget der Jugendfachstelle und/oder über Sponsoringbeiträge abgedeckt werden.

Eintreten

Keine Eintretensdebatte.



Erwägungen

Die **Parlamentskommission Soziales + Jugend** stimmt dem Geschäft zu.

Junker Burkhard Margrit, Gemeinderätin, SP: Entschuldigt sich dafür, dass das Konzept nicht von Anfang an mitgeschickt wurde. Dies war ein Missverständnis, hoffentlich kam es noch früh genug an, um entsprechende Überlegungen zu machen.

Schnegg Christine, EVP: Dank dem GR für die Beantwortung dieses Postulats. Die Antwort fiel nicht nur zufrieden stellend aus. Die Erwartungen wurden sogar übertroffen. Der Entscheid die Wochenplatzbörse mit der Jugendfachstelle in Zusammenarbeit mit der Pro Juventute aufzubauen, ist sehr gut. Die Jugendfachstelle leistet hier einmal mehr für die Jugendlichen von Lyss und Umgebung sehr gute Arbeit. Einmal mehr kann für wenig Geld eine gute Leistung bezogen werden. Auch das Konzept der Pro Juventute überzeugt. Die Platzierung im Schülertreff und das Coaching von Jugendlichen, welche die Webseite betreuen, sind ebenfalls hervorragend. Ebenfalls beeindruckend die schnelle Umsetzung und der geplante Start im Herbst 2010. Das Konzept sieht vor, regelmässig Werbung zu machen. Die ist mit Sicherheit auch notwendig. Wenn Anbieter und Jobsuchende von dieser neuen Möglichkeit erfahren, kann man sicher bald von einer Erfolgsgeschichte hören. Unter diesen Voraussetzungen wird dem Antrag des GR gerne zugestimmt. Somit kann dieses Postulat als erfüllt abgeschrieben werden. Das Postulat der Fraktionen SVP/BDP wird abgelehnt. Dies einerseits aus Sicherheitsgründen und andererseits aus Überzeugung, dass mit diesem Vorschlag nicht ein annähernd so gutes Angebot vorhanden sein würde, wie dies nun geplant ist.

Affolter Bruno, BDP: Die Fraktion BDP ist mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden. Bei der Einreichung des Postulats ging man von anderen Grundlagen aus. Es ist eine gute Sache, die Jugendfachstelle damit zu beauftragen. Somit können auch alle umliegenden Gemeinden davon profitieren.



Nobs Stefan, FDP: Es geht hier um eine zusätzliche Aufgabe. Die Jobbörse wird von der Jugendfachstelle übernommen. Im letzten Abschnitt ist erwähnt, dass keine zusätzlichen Miet- und Lohnkosten anfallen werden. Ist die Jugendfachstelle momentan unterbeschäftigt, dass keine zusätzlichen Lohnkosten anfallen werden?

Junker Burkhard Margrit, Gemeinderätin, SP: Die Wochenplatzbörse läuft über das Budget der Jugendfachstelle. Dieses Budget läuft über alle beteiligten Gemeinden. Diese kleine Aufgabe hat problemlos im Budget Platz.

Beschluss einstimmig

1. Der GGR nimmt von der Beantwortung des Postulates EVP „Wochenplatzbörse“ Kenntnis und schreibt dieses als erfüllt ab.
2. Der GGR lehnt das Postulat SVP/BDP „Angebot einer Wochenplatzbörse auf www.lyss.ch“ ab.

Beilagen

Konzept der Pro Juventute „Jobbörse für Jugendliche Biel/Bienne & Umgebung“

60 6103.0740 Kulturfabrik (KuFa)

Soziales + Jugend

Postulat EVP; Neue KUFA von Anfang an rauchfrei

Ausgangslage/ Vorgeschichte

An der GGR-Sitzung vom 05.02.2007 reichte die Fraktion EVP die eingangs erwähnte Motion mit folgendem Ziel/Auftrag ein:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, bereits ab Eröffnung der neuen KUFA ein Rauchverbot in allen Räumen (ausgenommen separates Fumoir) zu verhängen.

Begründung:

Mit zwei überwiesenen Motionen im Grossen Rat werden momentan Gesetze erarbeitet (und voraussichtlich auf 01.09.2008 oder 01.01.2009 in Kraft gesetzt), die das Rauchen in Restaurants und öffentlich zugänglichen Innenräumen im Kanton Bern verbieten werden (ausgenommen sind separate Fumoirs). Angesichts der zu erwartenden Gesetze, welche beide den Betrieb der KUFA betreffen, ist es sinnvoll von Anfang an ein Rauchverbot zu verhängen.

Am 27.08.2007 wurde die Motion der Fraktion EVP in ein Postulat umgewandelt und vom GGR als erheblich erklärt.

Rechtliche Grundlagen

- Kantonales Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen (SchPG) vom 10.09.2008
- Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen (ab Mai 2010 wirksam)

Aktuelle Situation

Hinsichtlich den neuen gesetzlichen Bestimmungen auf nationaler und kantonaler Ebene haben die ArchitektInnen der KUHA Fumoirs eingeplant. Diese wurden baulich entsprechend umgesetzt. Das Betriebskonzept der neuen KUFA sieht das Betreiben der Fumoirs ebenfalls vor. Anlässlich der Einspracheverhandlungen wurde zudem darauf hingewiesen, dass Fumoirs einen wichtigen Beitrag gegen Lärmemissionen leisten.

Eintreten

Keine Eintretensdebatte.

Erwägungen

Die Parlamentskommission Soziales + Jugend stimmt dem Geschäft zu.

Hegnauer Karin, EVP: Als die Fraktion EVP die vorliegende Motion einreichte, resp. in ein Postulat umwandelte, ging man davon aus, dass die KUFA-Eröffnung noch vor der Einführung des kantonalen Gesetzes zum Schutz von Passivrauch stattfindet. Wie man so schön sagt: „Gut Ding will Weile haben.“ Es ist erfreulich, dass anfangs September 2010 – zwar mit Verspätung – eine wunderschöne, durchdachte und akustisch interessante KUFA eröffnet wird. Dies selbstverständlich rauchfrei. Obwohl diese Aussage eigentlich nicht ganz korrekt ist. Ein Gebäude mit 2 Fumoirs kann nicht ganz als rauchfrei bezeichnet werden. Nichtsdestotrotz sind die Fraktionen EVP/glp mit dem Antrag des GR einverstanden, dieses Postulat als beantwortet und erfüllt abzuschreiben. Es ist etwas irritierend, dass 2 Monate vor der Eröffnung noch nicht definiert werden kann, wie gross die beiden Fumoirs werden. Es konnte ebenfalls nicht gesagt werden, ob eine Lüftung benötigt wird, oder nicht. Der Betreiber und der GR werden aufgefordert dafür zu sorgen, dass die gesetzlichen Vorschriften zum Schutz des Passivrauchens, wie auch für den Jugendschutz in Sachen Alkoholverkauf, eingehalten werden. Man soll sich über positive Schlagzeilen betreffend der KUFA erfreuen können und die Jugendlichen gerne dorthin in den Ausgang lassen.

Junker Burkhard Margrit, Gemeinderätin, SP: Die Anregungen werden gerne entgegengenommen. An der nächsten GGR-Sitzung wird konkret darüber informiert, wie die Fumoirs gestaltet sind.

Beschluss einstimmig

Der GGR nimmt von der Beantwortung des Postulates EVP „Neue KUFA von Anfang an rauchfrei“ Kenntnis und schreibt dieses als erfüllt ab.

Beilagen

Keine

Parlamentarische Vorstösse; Neueingänge

61 1101.0314 Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Vorstösse; Neueingänge

Anlässlich der Sitzung wurden folgende Parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Postulat SP; Projektgruppe „HarmoS“
- Postulat BDP; Gleiche Handhabung aller „Lyssbachmärit“-Anbieter
- Interpellation SVP; Standortbestimmung der SchulabgängerInnen von der Schule Lyss
- Motion FDP; Mehr Sicherheit und Ordnung: Totalrevision des Gemeindereglements Öffentliche Sicherheit jetzt!
- Interpellation FDP; Verhältnis Aufwand – Ertrag im Bereich der Alimentenbevorschussung
- Postulat FDP; Planung und Bau eines Dienstleistungszentrums (DLZ) für die Gemeindeverwaltung Lyss

Orientierungen; Gemeinderat

62 3101.0720 Buskonzept

Ortsbus Lyss; Entscheid betreffend Wahl des Treibstoffs

Bühler Gäumann Maja, Gemeinderätin, SP: Es wurde eine Presseinformation verteilt. Der GR entschied sich dafür, den Versuchsbetrieb des Ortsbus Lyss mit normalem Treibstoff durchzuführen. Die Begründung ist den Unterlagen zu entnehmen. Fragen werden gerne entgegengenommen.

Beilagen

Pressemitteilung

Einfache Anfragen

63 1101.0210 Sitzungstermine (Kommissionen)

Fachkommission Integration + Gesellschaft; Durchführung Startsitung

Otz Friedli Antoinette, SP: Als Mitglied der neu einberufenen Kommission für Integration und Gesellschaft wurde festgestellt, dass die Rednerin in diesem Jahr noch nie an eine Sitzung eingeladen wurde. Wann findet nach der Sommerpause die erste Sitzung statt?

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Die erste Sitzung nach den Sommerferien wird ca. Ende August, anfangs September 2010 stattfinden. Die Sitzung muss entsprechend vorbereitet werden. Aufgrund des grossen Aufwandes der neuen Organisation hatte man bisher keine Zeit, diese Vorbereitungen zu machen.



64 3102.0311 Projekte Siedlung / Verkehr

Knechtpark; Finanzierung mit Sponsorengelder

Hänni Claudia, SP: An der letzten GGR-Sitzung wurde der Investitionskredit für die baulichen Massnahmen am Knechtpark abgelehnt. Dies aufgrund der Kosten. Die Fraktionen SP/Grüne bedauern diesen Entscheid nach wie vor. Hat sich der GR überlegt, ob die Budgetüberschreitung des Projekts Knechtpark mit einem Sponsoring aufgefangen werden könnte? Es ist immer noch wichtig, dass ein attraktiver Park im Zentrum entsteht.

Bühler Gäumann Maja, Gemeinderätin, SP: Es wurde der Auftrag erteilt, dass der Knechtpark Fr. 200'000.00 kosten darf. Es ging ein Sponsoring von der Partei VGP ein. Spenden werden gerne entgegengenommen. Es kann jedoch nicht aktiv Werbung für Sponsoring gemacht werden.

65 3105.0614 Hundetoiletten

Robidog-Säcke; Farbe

Bürgi Martin, FDP: Der Redner zeigt 2 verschiedene Robidog-Säcke. Wieso werden neu orange Robidog-Säcke verwendet? Diese sind beinahe transparent.

Bühler Gäumann Maja, Gemeinderätin, SP: Diese Frage kann momentan nicht beantwortet werden. Antwort folgt an der nächsten GGR-Sitzung.

66 1101.0501 Räumlichkeiten (Verwaltung)

Bau + Planung – 55

Einfache Anfrage Ammeter Martin; Gebäude an der Büenstrasse; Minergie-Standard

Bühler Gäumann Maja, Gemeinderätin, SP: Das Gebäude an der Büenstrasse 1 weist im Baugesuch an die Gemeinde keinen Minergie-Standard aus. Der Besitzer der Liegenschaft kontaktierte nach dem Einreichen des Baugesuches direkt die Energieberatungsstelle. Aufgrund dieser Beratung wurde dieses Gebäude offenbar nach Minergie-Standard saniert. Die Sanierungsarbeiten wurden jedoch noch nicht abgenommen. Somit kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob alle Arbeiten gemacht wurden, um dieses Label zu erhalten.

Mitteilungen; Ratspräsidentin

67 1101.0300 Allgemeines GGR

Informationen Ratspräsidentin

Brauen Sandra, Ratspräsidentin, SVP: Die Einladung für den GGR-Ausflug vom 28.08.2010 wurde verteilt. Bitte um Terminreservation und An- oder Abmeldung.

Am 18.10.2010 wird eine WoV-Schulung durchgeführt. Nähere Informationen werden folgen. Bitte um Terminreservation.

Bitte um Eintrag in die Präsenzliste.

Die Ratspräsidentin wünscht allen einen schönen Abend und schöne Sommerferien.

Beilagen

Einladung GGR-Ausflug 2010

Namens des Grossen Gemeinderates

Die Protokollverantwortliche

Sandra Brauen
Präsidentin

Bandi Bruno
Sekretär

Sibylle Weyermann
Protokoll

